

Der Bolsonarismus gegen die Universitäten und die Wissenschaft: Angriffe und Widerstände

Wagner Romão, Josué Medeiros

Brasilien wird derzeit von einer negationistischen Bewegung der extremen Rechten regiert, deren politische Praxis sich auf fake news und die Ablehnung der Wissenschaft gründet (Roque 2020). Mit der Covid-19-Pandemie hat diese Haltung morbide Züge angenommen und mit der Entscheidung, die Zahl der Toten und bestätigten Corona-Fälle zurückzuhalten¹, den Gipfel einer Necropolitik (Mbembe 2016) erreicht. Der Angriff auf die Wissenschaft und die Universitäten ist ein Schlüsselement in der politischen Maschinerie des Bolsonarismus.

Die Ursprünge dieses Angriffs liegen noch vor der Amtsübernahme durch Jair Bolsonaro. Diese liegen im Wiederaufleben der neoliberalen Politiken während der Regierungszeit von Michel Temer², speziell in der Verfassungsnovelle 95 über Ausgabenbeschränkungen vom Dezember 2016. Sie fanden ihren Niederschlag in der Demontage öffentlicher Einrichtungen in Bildung, Forschung und Beratung. Der Putsch von 2016 brach die Politik eines Ausbaus der öffentlichen Bildung der Regierungen von Lula und Dilma Rousseff, deren Ziel eine stärkere Inklusion der Bevölkerungsmehrheit aus Schwarzen und Indigenen, der Personen mit niedrigem Familieneinkommen und dem BewohnerInnen der Peripherien der Metropolregionen und des Hinterlandes gewesen war (Ferreira 2019), ab.

Jenseits des neoliberalen Projekts einer Entleerung des Staates ist das Neue am Bolsonarismus, dass für ihn die öffentlichen Universitäten eine Bühne im sogenannten „Kulturkampf“ gegen die Linke sind. Aufgrund von deren gesellschaftlicher Relevanz und der Handlungsfähigkeit der führenden AkteurInnen und Institutionen ist es glücklicherweise gelungen, diese Angriffe einzubremsen.

In diesem Beitrag stellen wir die Vorgangsweise der Angriffe auf die Universitäten und die Wissenschaft wie auch die Widerstände der wissenschaftlichen und universitären Gemeinschaften dar. Als erstes werden wir auf die Prozesse noch vor der Regierungszeit von Bolsonaro eingehen, denn bereits seit 2016 wurden das Umfeld und die Methoden der vorgeblich gegen Korruption gerichteten Operation Lava Jato auch gegen die Universitäten eingesetzt. Zweitens geht es um die Zeit um die Wahlen von 2018 herum, als im Kontext des Aufstiegs des Bolsonarismus im Wahlkampf Polizeiorgane eingesetzt wurden, um Demonstrationen gegen die Kandidatur Bolsonaros auf den Universitätscampus niederzuschlagen. Und zuletzt geht es um die Dynamik der Regierung Bolsonaro selbst. Hier geht es vor allem um das Vorgehen des Bildungsministeriums und der Bundesstaatsabgeordneten aus der Formation von Bolsonaro und der Rechten aus São Paulo und Rio de Janeiro. Letztere suchten über parlamentarische Untersuchungskommission bundesstaatliche Universitäten, wie die Universidade do Estado do Rio de Janeiro (UERJ), Universidade de São Paulo (USP), Universidade Estadual Paulista (Unesp) und Universidade Estadual de Campinas (Unicamp), unter Beschuss zu nehmen.

Die Operation Lava Jato gegen die Universitäten

In der sogenannten Operation Lava Jato, die im Jahr 2014 initiiert wurde, kam es zu einem institutionellen Zusammenwirken der Bundesjustiz (JF), der Bundestaatsanwaltschaft (Ministério Público Federal, MPF) und der Bundespolizei (PF) mit dem Ziel, den Missbrauch öffentlicher Gelder zu bekämpfen. In der akademischen Debatte gibt es einen relativen Konsens darüber, wie die Operation über die Zwecke hinaus zu einer der Stützen des gegenwärtigen Entdemokratisierungsprozesses in Brasilien (Brown 2020) und des Bolsonarismus selbst wurde (Hübner Mendes 2020). Ihr Agieren war durch Exzesse gegen individuelle Rechte und das Prinzip der Unschuldsvermutung als strafprozessrechtliches Prinzip gekennzeichnet: Leaks bei vertraulichen Prozessinformationen, Missbrauch der Zwangsvorführung und der Untersuchungshaft gegen BürgerInnen, die eigentlich keine Häftlinge sein sollten (eine leider in Brasilien althergebrachte Praxis), Strafnachlass für Beschuldigungen ohne Beweise, illegales Abhören, Gebrauch von sozialen und kommerziellen Medien zur Reputationsbeschädigung usw.

Ab 2017 wurden verschiedene Universitäten Ziel derartiger Prozesse, wobei zwei Fälle aufgrund ihrer Tragweite und Konsequenzen als exemplarisch gelten können. Der erste betrifft eine Ermittlung der Bundespolizei gegen die Universidade Federal de Santa Catarina (UFSC). Es ging um den Verdacht des Missbrauchs von Mitteln für die Fernlehre der Einrichtung. Am 14. September 2017 nahm die die Bundespolizei den damaligen Rektor Luiz Carlos Cancellier de Olivo fest. Auch nach seiner Freilassung wurde ihm das Betreten der Universität untersagt. Der Ausgang dieser Ermittlung war tragisch, denn Cancellier beging einige Wochen später Selbstmord. Vor seinem Tod nahm er in einem Beitrag gegen „die Demütigung und die Beschimpfung, der wir ausgesetzt wurden“, Stellung. Das sei in der Geschichte der UFSC „ohne Beispiel“ und passe nicht zur Stellung dieser Universität, die im Mai 2016 „als sechstbeste öffentliche Bundesinstitution der brasilianischen Hochschulbildung anerkannt wurde“.³ Im Oktober 2018 wurde das Verfahren aus Ermangelung an Beweisen eingestellt.

Die zweite Ermittlung der Bundespolizei betrifft die Universidade Federal de Minas Gerais (UFMG). Hier ging es um den Vorwurf von Unregelmäßigkeiten und der Unterschlagung öffentlicher Gelder, die für das Projekt des Memorial da Anistia Política do Brasil bestimmt waren. Das Projekt wurde während der Regierungszeit von Dilma Rousseff vom Justizministerium finanziert und von der UFMG durchgeführt. Die Polizeiaktion wurde am 6. Dezember 2017 mit der Zwangsvorführung des damaligen Rektors und der damaligen Vize-Rektorin (und heutigen Rektorin) sowie ihrer Vorgängerinnen wie auch dem Präsidenten der Fundação de Desenvolvimento da Pesquisa (Fundep), die mit der Universität verbunden ist, sowie einer für das Memorial da Anistia verantwortlichen Dozentin in Gang gesetzt. Es ist kein Zufall, dass all dies eine Woche vor der Veröffentlichung des Berichts der Wahrheitskommission in Minas Gerais, welche die von Militärs verübten Verbrechen während der 1964 installierten Militärdiktatur untersuchte hatte und an der die UFMG beteiligt war, erfolgte.

Die Aktionen, die gegen aktuelles und früheres höchstes Leitungspersonal von zwei der wichtigsten Universitäten des Landes durchgeführt wurden, können im Rahmen einer breiteren Aktion, bei der es um eine Einschüchterung der universitären Gemeinschaften und einen Angriff auf das akademische Milieu geht, verstanden werden. Auch wenn die in der Verfassung festgeschriebene Autonomie der Universitäten kein Hinder-

nis für die Ermittlung bei eventuellen Straftaten darstellt, so wäre bedürfte die Präsenz von Polizeikräften auf universitärem Boden doch einer besonderen Begründung, was weder in der UFSC noch in UFMG der Fall war.

Die beiden Fälle stellen eine Synthese der seitens der Bundesjustiz unterstützten Praktiken der Bundesstaatsanwaltschaft und der Bundespolizei dar, die individuellen Rechte der DozentInnen und die kollektiven Rechte der universitären Gemeinschaften verletzen und nur im breiteren Kontext eines schweren Angriffes auf die öffentlichen Universitäten und das brasilianische Wissenschaftssystem möglich waren.

Angriffe auf die Universitäten während des Wahlkampfes von 2018

Gegen Ende des Wahlkampfes von 2018 waren zumindest 17 Universitäten das Ziel koordinierter Aktionen, die von der Wahljustiz (JE), der Bundesstaatsanwaltschaft und der Bundespolizei koordiniert wurden. Ihnen wurde eine unzulässige Wahlwerbung zugunsten von Fernando Haddad, den Präsidentschaftskandidaten des Partido dos Trabalhadores (PT), vorgeworfen.⁴ Ein Vortrag über den Faschismus wurde an der Universidade Federal da Grande Dourados (UFGD) verboten. Bolsonaro war im Werbematerial für die Veranstaltung erwähnt worden. Eine Fahne mit der Aufschrift „Direito UFF“ gegen einen in den Farben der StudentInnensportclubs, schwarz und orange, gehaltenen Hintergrund wurde von der Rechtsfakultät der Universidade Federal Fluminense (UFF) abgehängt. Eine Debatte über Demokratie wurde an Universidade Federal Rural do Rio de Janeiro (UFRRJ) abgebrochen. An der Universidade Estadual do Norte Fluminense (Uenf) besuchten zwei mutmaßliche BeamtInnen der Wahljustiz „auf der Suche nach unzulässigem politischen Werbematerial“ eine Lehrveranstaltung des Professors Marcos Pedlowsky, der einen politischen Blog betreibt. Später stritt die Wahljustiz die Operation ab, was ein Anzeichen dafür ist, dass viele dieser Aktionen von bolsonaristischen Truppen ausgingen.

Die Bundesanwaltschaft für Bürgerrechte (PFDC), ein Organ der Bundesstaatsanwaltschaft selbst, die sich bereits im Jahr 2017 gegen das Eindringen der Bundespolizei in die UFMG gewandt hatte, verurteilte die Aktionen. Sie hielt fest, dass „antifaschistische Äußerungen ... im Rahmen einer demokratischen Normalität als Allgemeinplätze, nicht aber in irgendeiner Weise als Wahlwerbung“ verstanden werden können. Das Dokument endete mit der Feststellung, dass es „bedauerlich (ist), dass sich in einer Auseinandersetzung, die so stark durch physische und symbolische Gewalt geprägt ist, der Angriff des Justizsystems gerade gegen das Feld der Ideen richtet.“ (PFDC 2018)

Die universitäre Gemeinschaft reagierte gezielt und prompt: Es gab Proteste von gewerkschaftlichen, wissenschaftlichen und Leitungsgremien. Sie übten Druck auf den Kongress und die Justiz aus. Die damalige Generalstaatsanwältin der Republik, Raquel Dodge, legte Rechtsmittel am Obersten Bundesgericht (STF) gegen die Operation und in Verteidigung der Meinungs- und Ideenfreiheit an den Universitäten ein. Die Ministerin bewilligte eine einstweilige Verfügung am vorabend der Wahlen am 27. Oktober. Das Plenum zeichnete die einstweilige Verfügung am 31. Oktober, bereits nach dem Wahlgang, gegen (STF 2018).

Der Konflikt zwischen den universitären Gemeinschaften, die im direkten Kampf gegen den damaligen Kandidaten Bolsonaro waren, und Fraktionen innerhalb des

Staatsapparates (Justiz und Polizei), welche die Wahlgesetzgebung in einer politische Äußerungen an den Universitäten kriminalisierenden Weise interpretierten, sollte sich mit der Regierungsübernahme Bolsonaros und der verstärkten Präsenz seiner Anhänger in der Legislative verschärfen.

Bolsonaro und die Radikalisierung der Angriffe auf die Universitäten

Der Wahlsieg Bolsonaros ließ in den Universitäten die Alarmglocken läuten. In Europa und den USA wurden als Vorsichtsmaßnahmen Unterstützungsnetze geschaffen, um UniversitätslehrerInnen aufzunehmen, die sich verfolgt oder bedroht fühlten bzw. bereits im Selbstexil waren, was bei einigen in den sozialen Medien angegriffenen ForscherInnen der Fall war. Wir wussten nicht, welches Ausmaß die Angriffe der Regierung und ihrer UnterstützerInnengruppen auf das, was sie als „Kulturmarxismus“ und „Kommunismus“ bezeichnen, annehmen würden.

In Brasilien sind zwei Widerstandsinitiativen, die bereits vor dem Amtsantritt Bolsonaros organisiert wurden, hervorzuheben: erstens die Zusammenarbeit zwischen der Bundesanwaltschaft für Bürgerrechte und vier Vereinigungen von SozialwissenschaftlerInnen (Associação Nacional de Pesquisa e Pós-Graduação em Ciências Sociais – NPOCS, Associação Brasileira de Ciência Política – ABPC, Sociedade Sociologia – SBS und Associação de Antropologia) mit dem Ziel, die Angriffe auf WissenschaftlerInnen in den Sozial- und Geisteswissenschaften festzuhalten und anzuzeigen. In diese Form der Zusammenarbeit wurde auch einige Vertretungen der UniversitätslehrerInnen wie beispielsweise die Associação de Docentes da Universidade Estadual de Campinas (ADunicamp) eingebunden.

Die zweite Widerstandsinitiative war die Schaffung eines Observatório do Conhecimento, das als Netzwerk von UniversitätslehrerInnenvereinigungen und -gewerkschaften mit dem Ziel gegründet wurde, die Autonomie und die budgetäre Ausstattung der Universitäten zu verteidigen. Das Observatório ist noch immer aktiv. Es bringt auf bisher nicht dagewesene Weise Gewerkschaften zusammen, die Mitglieder bei zwei unterschiedlichen nationalen Gruppierungen, die UniversitätslehrerInnen vertreten (Andes-SN und Proifes), sind. Es hat sich in Konflikten mit den Bildungsministern und in politischen Kontakten in den gesetzgebenden Körperschaften auf Bundesebene hervorgetan.

Bei Regierungsantritt suchte Bolsonaro Ricardo Vélez Rodríguez als Bildungsminister aus. Dieser ist Professor für Philosophie und Theologie. Er hat eine mittelmäßige Universitätslaufbahn durchlaufen und hat keine Erfahrung in der öffentlichen Verwaltung. Er ist mit dem Chefideologen des Bolsonarismus, Olavo de Carvalho, verbunden, der gleichzeitig ein Emeritus der Escola de Comando e Estado-Maior do Exército ist. Veléz hielt sich nur etwas mehr als zwei Monate im Amt. In dieser kurzen Zeit brachte er es auf eine beträchtliche Zahl atemberaubender Erklärungen, wie „die Universitäten sollten einer intellektuelle Elite, was nicht dasselbe wie die wirtschaftliche Elite (des Landes) ist, vorbehalten bleiben“.⁵ Er positionierte sich gegen den sogenannten Kulturmarxismus. Er verteidigte die Bewegung Escola Sem Partido, die sich unter anderem zum Ziel setzt, den Begriff „Gender“ aus den Klassen und Lehrplänen zu verbannen. Zudem trat er als Verteidiger der Militärdiktatur, der Monarchie und einer Revision der Geschichtsbücher auf.

Im April 2019 trat Abraham Weintraub seine Nachfolge an. Er hatte am Wahlprogramm Bolsonaros mitgearbeitet und war danach die Nummer Zwei im Präsidentialamt gewesen. Weintraub hob die Angriffe auf eine neue Ebene: Als er noch nicht einmal einen Monat im Amt war, forderte er, dass 30% der Finanzzuweisungen an die Universidade de Brasília (UNB), die Universidade Federal da Bahia (UFBA) und die UFF blockiert werden sollten. Denn mit den Geldern würde „Wirrarr“⁶ finanziert. Darauf kommen wir später noch zurück. Zunächst ist es erst einmal wichtig festzuhalten, dass die Bewegung im Bildungsbereich als Reaktion auf den neuen Minister für den 15. Mai 2019 zu Kundgebungen aufrief. Die Proteste, an denen sich Hunderttausende beteiligten, zwangen die Regierung einen Teil der Kürzungen zurückzunehmen. Sie zeigten einen ersten beträchtlichen Rückgang der Popularität Bolsonaros an.

In einem ähnlichen Ton – mit falschen Beschuldigungen und Stigmatisierungsversuchen – waren die Initiativen für die Schaffung parlamentarischer Untersuchungsausschüsse gegen die bundesstaatlichen Universitäten in São Paulo und Rio de Janeiro gehalten.

São Paulo hat ein starkes Hochschulsystem mit drei der wichtigsten Universitäten des Landes: der Universidade de São Paulo (USP), der Universidade Estadual de Campinas (Unicamp) und der Universidade Estadual Paulista (Unesp). Sie werden vor allem über einen fixen, vom Bundesstaatsparlament festgelegten Anteil an der Waren- und Dienstleistungsverkehrssteuer (ICMS), der wichtigsten Steuer der Bundesstaaten, finanziert.

Anfang 2019 brachte der Bundesstaatsabgeordnete Wellington Moura, der zur Partei Republicanos gehört und früher der Kassier der Igreja Universal do Reino de Deus⁷ war, den Antrag auf Schaffung einer parlamentarischen Untersuchungskommission gegen die bundesstaatlichen Universitäten in São Paulo ein. Er führte an, dass es eine „Vorherrschaft der Linken“ gäbe und dass es notwendig sei „zu analysieren, wie die ideologischen Fragen in den Haushalten impliziert sind“. Über Monate hinweg wurden in dem „Untersuchungsausschuss der Universitäten“ direkte Angriffe auf die Autonomie der Universitäten vorgetragen, eine größere Öffnung zum Markt und Studiengebühren verlangt. Es wurde auch mit Ermittlungen gegen die RektorInnen gedroht. Es wurde eine Allianz zwischen den bolsonaristischen und neoliberal orientierten Abgeordneten gebildet. Das Klima war durch eine Offensive gegen die Universitäten geprägt. Schrittweise gelang es der universitären Gemeinschaft, die Haltung in der Presse und den Medien bis zu einem Punkt umzukehren, dass der Druck den Gouverneur João Doria veranlasste, eine Haltung der „aktiven Neutralität“ gegenüber dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss einzunehmen. Diese erlitt im Bundesstaatsparlament und in der öffentlichen Debatte eine Niederlage.⁸

Rio de Janeiro verfügt mit der Universidade Estadual do Rio de Janeiro (UERJ), der Universidade Estadual do Norte Fluminense (UENF) und der Universidade Estadual da Zona Oeste (UEZO) ebenfalls über ein bedeutsames Hochschulsystem. Dieses wurde 2017 auf dem Gebiet der Finanzierung stark unter Druck gesetzt. Die Universitäten mussten damals ihre Pforten schließen und gerieten mit den Gehaltszahlungen 9 Monate in Rückstand.⁹ Nach dem Beispiel von São Paulo schlug eine Gruppe von bolsonaristischen Abgeordneten im Mai 2019 eine parlamentarische Untersuchungskommission vor, um den „Kulturmarxismus“ und angebliche Unregelmäßigkeit in den Institutionen unter die Lupe zu nehmen. Der Antrag wurde aber im Parlamentsplenum abgewiesen. Die siegreiche Mehrheit machte klar, dass ihre Ablehnung aus dem Motiv

entstand, die Universitäten gegen die politischen Verfolgungen durch den Bolsonarismus zu schützen.¹⁰

Weintraub: ein typischer Bolsonarist an der Macht

Weintraub hat während seiner gesamten Amtszeit die Universitäten angegriffen. Im Juni 2019 stellte er das Projekt Future-se vor. Es sah eine Finanzierung der Hochschulbildung über Aktienfonds vor. Das Vorhaben, das keinen Realitätsbezug hat, wurde von der Mehrheit der Universitäten abgelehnt.¹¹ Bis die Regierung im Juni 2020 einen Gesetzesentwurf im Parlament einbrachte, blieb das Vorhaben in der Schwebe.

Nach dieser Niederlage begann das Bildungsministerium über legislative und administrative Instrumente Angriffe zu lancieren, die eine unmittelbare Wirkung haben. Dabei zeigte sich ein autoritärer Zug. Ein Ausdruck der autoritären Dynamik war der gewählte Zeitpunkt: das Jahresende, wenn die Universitäten, die Justiz und der Nationale Kongress pausieren.

Am 24. Dezember 2019 war das Weihnachtsgeschenk eine provisorische Maßnahme, welche die Wahl der Universitätsrektoren reguliert. Sie traf die universitäre Autonomie und Demokratie ins Herz, beendete die Parität zwischen den ProfessorInnen, dem technisch-administrativen Personal und den Studierenden und machte die Kollegialorgane überflüssig. Am 31. Dezember gab es eine Sylvestergabe in Form eines Erlasses, der die akademischen Reisen beschränkte und die Forschung in Brasilien erschwerte. Auch wurde der neue Direktor der Förderagentur Coordenação de Aperfeiçoamento de Pessoal de Nível Superior (CAPES)¹² ernannt, der alternative Ansätze zur Evolutionstheorie vertritt. Ein neuer Erlass der zentralen wissenschaftlichen Fördereinrichtung Conselho Nacional de Desenvolvimento Científico e Tecnológico (CNPq), der an das Ministerium für Wissenschaft, Technologie und Innovation angebunden ist, aber einen starken Einfluss auf die Universitäten hat, definierte einen neuen Vergabemodus für Magister- und Doktoratsstipendien, der die Existenz post-gradualer Ausbildung in den Sozial- und Geisteswissenschaften infrage stellte. Der Erlass zu den Reisen wurde bereits einkassiert. Die provisorische Maßnahme zur RektorInnenwahl verlor seine Geltung, da das Parlament sich weigerte, ihn abzusegnen.

Aufgrund der vielen Angriffe auf die Universitäten und des katastrophalen Verlaufs des nationalen Maturaexamens, das den zentralen Zugangsmechanismus zu den Universitäten darstellt, kam 2020 eine Kampagne für den Rücktritt Weintraubs in Gang. Hierfür setzten sich Leitartikel in den großen Tageszeitungen, der Präsident der Abgeordnetenkammer Rodrigo Maia in einem Interview, aber auch Abgeordnete ein. Sogar das Movimento Brasil Livre (das der Rechten zuzurechnen ist und zu den früheren Unterstützern Bolsonaros gehörte) forderte seinen Abgang. Die Regierung stärkte dem Minister systematisch den Rücken: Eduardo Bolsonaro und der Präsident selbst lobten ihn in den sozialen Medien. Der Hashtag #FicaWeintraub war eine der in Twitter am 29. Jänner 2020 am meisten kommentierten Angelegenheiten.

Ende Mai 2020 kam der Rücktritt Weintraubs nach dem Bekanntwerden eines Videomitschnitts einer Kabinettsitzung am 22. April 2020 wieder auf die Tagesordnung. Die Sitzung, die bereits im Kontext der Pandemie stattfand, zeichnete sich durch scharfe Angriffe Bolsonaros und seiner Minister auf die Institutionen aus. Weintraub war hier-

bei an vorderster Front zu finden und sprach sich für die Inhaftierung von Mitgliedern des Obersten Bundesgerichtes aus. Eine Woche nach der besagten Sitzung, am 29. April, begann der Oberste Bundesgerichtshof eine Untersuchung gegen den Bildungsminister wegen Rassismus. Diese bezieht sich auf Twiternachrichten, in denen er sich darüber lustig macht, wie ChinesInnen Portugiesisch sprechen. Zudem beschuldigte er China, bewusst den neuen Corona-Virus verbreitet zu haben. In diesem Kontext wurde erneut über seinen Rücktritt spekuliert.¹³

Der lange Verbleib Weintraubs im Amt steht aus unserer Sicht in Zusammenhang mit der Beziehung, die er zu Basis des Bolsonarismo unterhält. Wie auch Bolsonaro nutzt der Minister Twitter, um – unter Umgehung der Presse – einen direkten Kontakt zu dieser Basis herzustellen. Um dem nachzugehen, hat die Associação de Docentes da Universidade Federal do Rio de Janeiro (ADUFRJ) im Februar 2020 eine Auswertung der Nachrichten Weintraubs in diesem Netz vorgenommen. Sie wurde von Ana Beatriz Magno koordiniert und wertete 8 % der Nachrichten Weintraubs zwischen dem 24. April 2019 und dem 24. Jänner 2020 aus. Aufgrund dieser Untersuchung können wir bestätigen, dass Weintraub einen zentralen Platz in der politischen Strategie des Bolsonarismus einnimmt.¹⁴

Weintraub kann als ein Idealtyp des bolsonaristischen Aktivisten und in diesem Zusammenhang auch als das beste Beispiel eines organischen Intellektuellen des Bolsonarismus verstanden werden. Gemäß der Definition des Soziologen Max Weber ist der Idealtyp ein methodologisches Instrument, das uns über die Vereinfachung der Realität erlaubt, die Komplexität eines gesellschaftlichen Phänomens besser zu analysieren. In unserem Fall den Bolsonarismus. Der Begriff des organischen Intellektuellen wurde durch den italienischen Revolutionäre Antonio Gramsci geprägt. Ein organischer Intellektueller erfüllt die Funktion, die Werte und Ideologie einer politischen Bewegung und/oder gesellschaftlichen Gruppe zu organisieren und zu verankern. Es handelt sich um eine Figur, die im Kampf um Hegemonie im Kapitalismus unverzichtbar ist.

Wie Rodrigo Nunes (2020) verlegt sich die extremen Rechten im 21. Jahrhundert im Kampf um Hegemonie auf die Troll-Taktik. Es handelt sich um eine Methode, die in der virtuellen Welt der USA entstanden ist und sich danach auf andere Weltregionen verbreitet hat. Sie besteht darin, in den sozialen Netzwerken das System lächerlich zu machen wie auch anzugreifen und sich hierüber eine Öffentlichkeit zu schaffen und die treueste Basis mit Material zu versorgen.

Weintraub nimmt im Hinblick auf die soziale Basis des Bolsonarismus eine einzigartige Position ein. Diese kann von keinem der Söhne Bolsonaros eingenommen werden, denn sie stehen an der Spitze des Kommandos. Ein idealer und organischer Troll muss hingegen ein gewöhnlicher Bürger sein, eine normale Person, die erfolgreich ist, aber deren Erfolg für jeden und jede erreichbar scheint, die sich darum bemüht. In seinen Twittermeldungen präsentiert sich Weintraub als eine Person, die perfekt dem Image entspricht, das die extreme Rechte von sich entwirft. Erstens stellt er sich als ehrlich und einfach dar: „Ich dränge mich nicht vor“, „ich zahle meine Reisen selbst“, „ich stehe früh auf“, „ich zahle meine Steuern“, „ich mache ein Mittagsschläfchen“. Zweitens stellt er sich als Familienmensch und Verteidiger der christlichen Werte dar: „Ich bin mit meiner Frau seit 25 Jahren zusammen“, „ich kümmere mich um meine Kinder“, „ich verteidige die Schulkinder gegen Sexbilder“, „ich folge der Bibel“, „meine didaktischen Bücher sind ohne Genderideologie“. Drittens hebt er Effizienz und Meritokratie hervor:

Er erinnert an seine „gute Noten in einem Masterstudium“ und seine „fast perfekte“ Leistung im einem Schützenverein. Und zuletzt gibt er sich bescheiden, als eine einfacher „Soldat in einem größeren Krieg“, ein „David gegen Goliath im Kampf gegen machtvolle Interessen“ und als ein Verteidiger der ersten Stunde für den Präsidenten und seiner Familie gegen die Verfolgungen durch das „System“, wie sie zum Beispiel die Verdächtigungen der Verwicklung der Familie Bolsonaro in die Ermordung der linken Stadtverordneten von Rio de Janeiro, Marielle Franco. Weintraub streicht eine besondere Beziehung zu einem der Söhne des Staatspräsidenten, dem Bundesparlamentarier Eduardo Bolsonaro, in Form verschiedener Unterstützungserklärungen hervor, welche dieser mit der seinerseitigen Unterstützung des Ministers beantwortete.

Weintraub geht zudem zum Angriff über. Und dies scheint die Hauptfunktion der Twitternutzung zu sein. Hierüber bekräftigt er seine Position als Ideal troll und als organischer Intellektueller/Troll des Bolsonarismus. Er geißelt NGOs und greift andere Länder an, wie 2019 im Fall Frankreich in der Kontroversen um die Brände in Amazonien 2019 oder 2020 im Fall Chinas. Er kritisiert die Presse, die Gerichtsbarkeit, die Legislative. Und vor allem empört er sich über die Linke und den Kommunismus im Allgemeinen und den PT und Lula im Besonderen. Letztlich sind für ihn alle Teil einer Verschwörung des Systems gegen Bolsonaro.

Die Angriffe gegen die Universitäten werden so in einen breiteren Rahmen linker Indoktrinierung gestellt. Das Problem ist dann nicht die Existenz der Hochschulbildung als solcher, sondern die Zerstörung, welche die Linke schaffte. Zum Bild des Wirrwarrs kommen die Anschuldigungen aus dem Juni, Oktober und November 2019 hinzu, dass die Universitäten Produktionsorte von Drogen seien. Es gibt weiters Attacken auf Paulo Freire¹⁵, Studierende und ProfessorInnen, gegen die Geisteswissenschaften und die Künste. Letztlich ein Rundumschlag gegen das Wissen.

Die Krisen der Regierungstätigkeit Weintraubs 2020 und der Widerstand der Universitäten

Wenn Weintraub auch über Twitter ein Einvernehmen mit der bolsonaristischen Basis herstellen konnte, wie sich zeigte, als die AktivistInnen ihn nach einer Befragung wegen Rassismus durch die Bundespolizei auf ihren Armen trugen,¹⁶ zeichnete sich seine Regierungstätigkeit 2020 durch verschiedene Krisen aus, was an den Universitäten zu verstärktem Widerstand führte. Das Auftreten der Pandemie verstärkte diesen Trend.

Erstens gab es die Krise beim nationalen Maturatest, bei dem tausende SchülerInnen von Problemen bei der Verbuchung der Note berichteten. Der Minister leugnete das anfänglich, musste dann aber doch einen Fehler eingestehen. Er wurde für den 11. Februar vom Kongress vorgeladen, um das Problem zu erläutern. Seine Beziehung zu den ParlamentarierInnen war bereits ziemlich gestört: Am 30. Jänner erklärte der Präsident der Abgeordnetenkammer, Rodrigo Maia, dass „der Minister Weintraub eine Katastrophe ist“. Dieser Satz war das Ergebnis von zwei Wochen an Spannungen zwischen der Legislative und dem Minister wegen des Fundo de Manutenção e Desenvolvimento da Educação Básica (FUNDEB), der das wichtigste Finanzierungsinstrument für die öffentliche Bildung für Kinder und Jugendliche in den armen Städten ist und 2020 auslaufen würde. Das Parlament muss das Mandat von FUNDEB erneuern und wurde nach

Monaten der Arbeit an einem Entwurf am 14. Jänner durch die Erklärung Weintraubs überrascht, alles müsse von vorne mit einem neuen Vorschlag der Regierung beginnen.¹⁷ Die Legislative schlug zurück und fügte Weintraub verschiedene Niederlagen zu. Über die Zurückweisung neuer Regeln für RektorInnenwahl hinaus brachten sie die Schaffung eines digitalen Studierendenausweises zu Fall. Jetzt geht es um das Projekt Future-se zur Universitätsfinanzierung, dessen neuer Gesetzentwurf im Juni 2020 präsentiert wurde.¹⁸

Gleichzeitig haben wir die Pandemie, die eine beispiellose humanitäre Krise (bereits mehr als 35.000 Tote in Brasilien) ausgelöst hat. Hier sind die Universitäten und Forschungsinstitute in der Avantgarde in der Suche nach Lösungen, um diese Krankheit und ihre Folgen zu bekämpfen. Laut der Erhebung von Andifes vom Mai gibt es allein an den Bundesuniversitäten mehr als 800 Forschungs- und technologische Initiativen im Zusammenhang mit Covid-19.¹⁹

Von Seiten des Bildungsministeriums gibt es keinerlei Unterstützung für diese Prozesse. Im Gegenteil wurden Stipendien weiter beschnitten und es nahm der Druck auf die Universitäten zu, eine spezifische Methode der Distanzlehre (EaD) zu übernehmen, ohne dass ihnen strukturelle oder finanzielle Hilfe geboten wurden.

Auch wenn Weintraub der Idealtypus und organische Intellektuelle des Bolsonarismus ist – oder vielleicht gerade deshalb – geht keine der konkreten Initiativen Weintraubs diese Probleme an, was zweifellos den Widerstand der Universitäten anfacht. Der Bolsonarismus hat wenig Verständnis für bestimmte Eigenheiten des politischen Systems und des Staates selbst in Brasilien. Durch ihre besonders einfache Strickweise stießen die ultrakonservativen und neoliberalen Vorhaben im Bildungsbereich auf institutionelle Widerstände. In einem komplexen Land wie Brasilien diktieren die politischen und institutionellen Vermittlungsinstanzen einen langsameren Entscheidungsrhythmus und führen zu erheblichen Veränderungen der Politikkonzepte, wenn man sie mit dem ursprünglichen Entwurf der Exekutive vergleicht. In dieser institutionellen Dynamik war die universitäre Gemeinschaft über ihre Mobilisierungen in den Netzwerken und auf der Straße in der Lage, Angriffe der Regierung zu blockieren.

Das reicht aber nicht, um den Prozess der Zerstörung des Wissenschaftssystems, der durch Temer in Gang gesetzt und durch Bolsonaro fortgeschrieben wurde, umzukehren. Die neue Qualität ist, dass der Bolsonarismus eine negative politische Dynamik impliziert, die rein auf Zerstörung ausgerichtet ist (den Staat, die Institutionen, die Rechte, die Freiheit, das soziale Gewebe). Dem Präsidenten geht es nicht darum, Mehrheiten zu Formen, ein Narrativ zu entwickeln, das neue soziale Sektoren für seine Basis gewönne, oder die Regierungsarbeit in politische Projekte umzusetzen. Das macht den politischen Kampf komplexer, gerade für die Universitäten. Für den Moment ist die Strategie auf Schadenbegrenzung gerichtet, doch eine Stärkung und Demokratisierung der Universitäten und der Wissenschaft kann nur über die Verdrängung des Bolsonarismus von der Macht erreicht werden.

Übersetzung aus dem brasilianischen Portugiesisch: Joachim Becker

Anmerkungen

- 1) <https://brasil.elpais.com/2020-06-06/governo-bolsonaro-impoe-apagao-de-dados-sobre-a-covid-19-no-brasil-em-meio-a-disparada-das-mortes.html>
- 2) Michel Temer war zunächst der Vizepräsident von Dilma Rousseff gewesen. Nach deren Amtsenthebung durch eine rechte Parlamentsmehrheit rückte er 2016 in das Präsidentenamt auf (Anm. d. Ü.).
- 3) <https://globo.globo.com/opiniao/reitor-exilado-21879420>
- 4) <https://politica.estadao.com.br/noticias/eleicoes/universidades-sao-alvo-por-suposta-propaganda-eleitoral/700002564640>
- 5) <https://valor.globo.com/brasil/noticia/2019/01/28/ideia-de-universidade-para-todos-nao-existe-diz-ministro-da-educacao.html>
- 6) <https://educacao.estadao.com.br/noticias/geral,mec-cortara-verba-de-universidad-por-balburdia-eja-mira-unb-uff-eufba,70002809579>
- 7) Eine der wichtigsten evangelikalen Kirchen mit starker politischer Rechtsausrichtung. Sie kontrolliert ein großes Firmenimperium, einschließlich eines großen Fernsehsenders (Anm. d. Ü.).
- 8) <http://adunicamp.org.br/novosite/wp-content/uploads/2019/11/Boletim-do-Forum-Balanco-final-CPI-12-II-2019.pdf>
- 9) <http://www.justificando.com/2017/08/09/uerj-fechaas-portas-por-tempo-indeterminado/>
- 10) <https://g1.globo.com/rj/rio-de-janiero/noticia/2019/06/05/plenario-da-alerj-rejeita-cpi-que-pretendia-apurar-irregularidades-nas-universidades-estaduais.html>
- 11) <https://educacao.estadao.com.br/noticias/geral,maioria-das-universidades-federais-rejeita-future-se,70003024425>
- 12) Diese ist für die Qualitätssicherung, Konsolidierung und Ausweitung von post-gradualen Programmen verantwortlich. In diesem Zusammenhang vergibt sie auch Stipendien (Anm. d. Ü.).
- 13) <https://veja.abril.com.br/blog/radar/weintraub-deve-pedir-demissao-do-ministerio-da-educacao/> Nach der Fertigstellung dieses Beitrag kam die Ministerkarriere Weintraubs zu ihrem Ende. Unter starkem öffentlichen Druck kündigte Präsident Jair Bolsonaro am 18. Juni 2020 Weintraubs Ausscheiden aus dem Ministeramt an. Aufgrund des starken öffentlichen Drucks war er für den Staatspräsidenten als Minister nicht mehr zu halten (Le Monde, 20.6.2020: 4). Der designierte Nachfolger, Carlos Roberto Decotelli, musste auf Übernahme des Amtes verzichten, nachdem Inkorrektheiten in seinem Lebenslauf bekannt geworden waren (Pagina12, 1.7.2020; www.pagina12.com.ar/275656-el-frustrado-ministro-de-educacion-de-bolsonaro-renuncio-ant). (Anm. d. Ü.).
- 14) Die vollständige Untersuchung ist hier zu finden: <https://www.adufrj.org.br/index.php/pt-br/noticias/arquivo/21-destaques/2820-ministro-tuiteiro>
- 15) Ein bekannter brasilianischer Reformpädagoge (Anm. d. Ü.).
- 16) <https://www.folha.uol.com.br/mundo/2020/06/weintraub-depoe-em-inquerito-sobre-china-e-c-carregados-nos-bracos-por-apoiadores.html>
- 17) <https://educacao.uol.com.br/noticias/2020/01/17/weintraub-diz-que-fundeb-esta-garantido-mas-reafirma-novo-de-nova-pecc.htm>
- 18) <https://g1.globo.com/educacao/noticia/2020/06/03/camara-recebe-texto-do-future-se-d-mec-e-projeto-de-lei-que-pretende-mudar-financiamento-das-universidades-comeca-a-tramitar.html>
- 19) <https://www.andifes.org.br/andifes-compartilha-medidas-das-universidades-federais-relacionadas-aocovid-19/>

Literatur

- Brown, Wendy (2019): *Nas ruínas do neoliberalismo: A ascensão da política antidemocrática no ocidente*. São Paulo: Ed. Politeia
- Ferreira, Suely (2019): As políticas de expansão para educação superior dos governos do Partido dos Trabalhadores (2003-2016): inclusão e democratização. In: *Educação Unisinos*, 23(2), 257-272
- Filho, João (2017): A truculência do Estado contra as universidades federais. In: *The Intercept*, 10.12.2017 (<https://theintercept.com/2017/12/10/a-truculencia-do-estado-contra-as-universidades-federais/?comments=1#comments>)
- Hübner Mendes, Conrado (2020): A justiça em vertigem. (<https://www1.folha.uol.com.br/colunas/hubner-mendes/2020/02/justica-em-vertigem.html>)
- Mbembe, Achille (2016): Necropolítica. In: *Revista PPGAV/EBA/UFRJ*, No. 32, dezembro
- PFDC (2017) (www.mpf.mp.br/pgr/noticias-pgr/pfdc-lanca-nota-sobre-operacao-policia-na-ufmg-e-o-memorial-da-anistia-politica)
- PFDC (2018): Termo de cooperação celebrado entre PFDC, a ANPOCS, a ABA, a ABCP e a SBS (<http://pfdc.pgr.mpf.mp.br/temas-de-atuacao/educacao/ensino-superior/termo-de-cooperacao>)
- Roque, Tatiana (2020): O Negacionismo no poder. In: *Revista Píauí*, Nr. 161, Fevereiro 2020 (<https://piaui.folha.uol.com.br/materia/o-negacionismo-no-poder/>)
- Sayuri, Juliana (2019): O governo contras as universidades, em dados e análises. In: *Nexo Jornal*, 4. Mai (www.nexojornal.com.br/expresso/2019/05/04/O-governo-contra-as-universidades-em-dado-en%C3%A1lises)
- Supremo Tribunal Federal (2018): STF referenda liminar que garantia livre manifestação de ideias em universidades. (www.stf.jus.br/portal/cms/verNoticiaDetalhe.asp?idConteudo=394447)